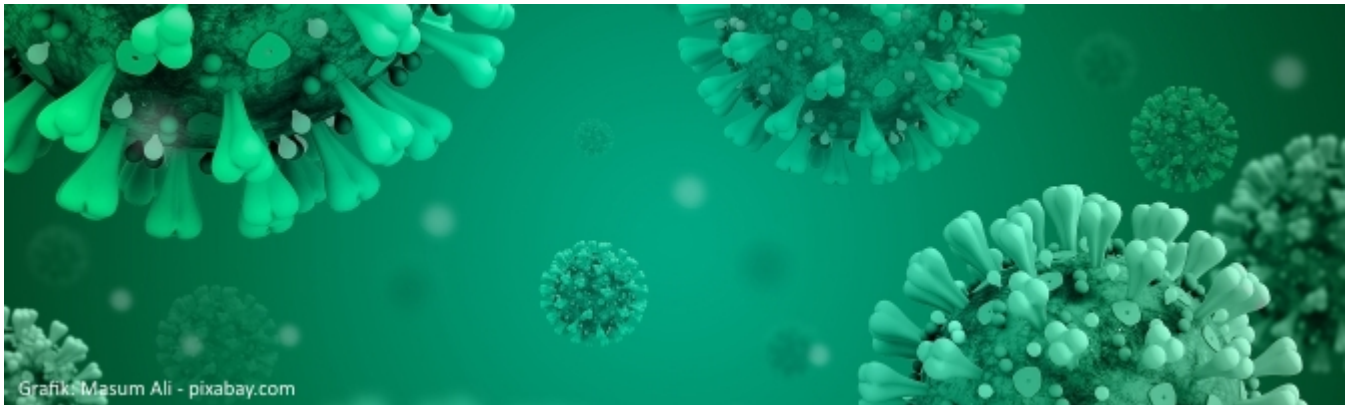


IMPFPFLICHT: BUNDESREGIERUNG VERTUT EINE GROSSE CHANCE

07. April 2022



In der Debatte um eine allgemeine Impfpflicht zeigt sich der Paritätische Gesamtverband enttäuscht darüber, dass aller Voraussicht nach höchstens ein schwacher Kompromiss als Impfpflicht durch den Bundestag kommen wird. Nach aktuellem Stand wird der Bundestag am morgigen Donnerstag eine Impfpflicht für Menschen ab 60 zusätzlich zur einrichtungsbezogenen Impfpflicht beschließen.

“Es ist bedauerlich, dass die Ampel sich nur zu einer Impfpflicht light durchringen kann, die keinen spürbaren Effekt auf das Infektionsgeschehen haben wird“, findet Ulrich Schneider, Hauptgeschäftsführer des Paritätischen Gesamtverbandes. “Angesichts immer noch sehr hoher Inzidenzen wäre es unbegreiflich, dass im zweiten Jahr der Pandemie immer noch Parteiinteressen eine so große Rolle spielen können“, so Schneider weiter.

Besonders ärgerlich ist es nach Ansicht des Verbandes, dass die Bundesregierung nicht einmal einen eigenen Entwurf für eine Impfpflicht ab 18 Jahren vorgelegt hat: “Nach der starken Ankündigung einer allgemeinen Impfpflicht durch Bundesminister Scholz und Gesundheitsminister Lauterbach ist ein ebenso starkes Regierungshandeln erwartbar und nötig gewesen.”

Der Paritätische Wohlfahrtsverband hat sich bereits im Dezember 2021 für eine allgemeine Impfpflicht ausgesprochen. Der Verband, der unter seinen über 10.000 Mitgliedern viele Einrichtungen aus dem Gesundheitsbereich vertritt, sieht darin die einzige Möglichkeit, einer neuerlichen Welle im Herbst entgegenzuwirken und vulnerable Gruppen effektiv zu schützen.

Kontakt für Presseanfragen

Gwendolyn Stilling (Pressesprecherin, Paritätischer Gesamtverband)

Tel.: 030 24636-305

E-Mail: [pr\(at\)paritaet.org](mailto:pr(at)paritaet.org)

© 2024 Paritätischer Wohlfahrtsverband Landesverband Sachsen